

# SOZIALDEMOKRATISCHE ZEITUNG

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Wesenskreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Vorkosten, bei Colloquation 20 Pfennig. Erscheint wöchentlich 14 Mal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Zeitungsverlag, Paul Weber, D. M. G. & Co., Rembrandtstr. für Sozialist. Zeitungsverlag, Paul Weber, für den letzten Teil Wilhelm Kindermann, für Neufame u. Zentrale Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Zeile wöchentlich bei Anzeigen aus Stadt und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restumsätze 40 Pfennig, anwärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende Text. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Colloquation, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Colloquation, Wernigerode 4526 und Selbstabhandlung (Zeitung) Wernigerode, Burgstraße 2.

Nr. 72

Dienstag, den 25. März 1930

5. Jahrgang

## Schutzzölle.

### Die gestrigen Beratungen im Reichstage.

Der Reichstag behandelte am Montag die Vorschläge der Regierung zur Erhöhung der Einfuhrzölle für Meisen, Soja, Getreide, Mais, Kartoffeln, Weizen, Rind, Ziegen, Schweine und Tee, also ein sehr umfangreiches Zollprogramm.

Die Erhöhung der Zölle ist notwendig, weil in der ganzen Welt befürchtete Marktverhältnisse vorliegen, wie sie in der Wirtschaftsgeschichte einzig dastehen. Mit Staatsmitteln werden in den großen Agrarländern riesige Mengen Getreide aufgeschichtet und in die Industriegebiete geschafft. Es kommen also mit fremden Staatsmitteln verbriefte Getreidemengen nach Deutschland hinein, gegen die unmöglich die deutsche Landwirtschaft aufkommen kann. Allerdings könnte man nun sagen, daß durch diese billige Einfuhr eine Erleichterung der deutschen Lebenshaltung eintreten müßte. Das ist leider nicht der Fall. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, daß auch bei billigen Getreidepreisen die Brotpreise nicht gesunken sind. Auf der anderen Seite hat sich gegen alle Erwartungen auch herausgestellt, daß Zölle keine Steigerung der Lebensmittelpreise bedeuten. Die Verhältnisse sind anders als bei dem großen von der Sozialdemokratie gestützten Zollkampf im Jahre 1902. Damals handelte es sich um eine gemollte Verteuerung der Lebenslage der Verbraucher zugunsten der Landwirtschaft.

Jetzt handelt es sich um die Rettung von Millionen kleiner landwirtschaftlicher Betriebe und Landarbeiter in den Großbetrieben gegen eine masslose ausländische Konkurrenz. Die Sozialdemokratie hat zudem erreicht, daß bei Zucker trotz der Zollschöpfung der Weizen ein Markt auf den Doppelpreis erreicht werden soll. Für diejenigen Landwirte, die durch die entsprechenden Mengen Zucker miszufälligen, soll der Zuckersoll auf zwei Mark ermäßigt werden.

Der deutschnationale Landbauführer Schiele, erklärte die Vorschläge der Regierungspartei für einen vollkommen unzulänglichen Kompromiß. Der Landwirtschaft ist es noch nicht so schlecht gegangen wie jetzt. Der agrarische Index liegt auf nur 109 gegen 155 bis 160 des allgemeinen Index. Die Landwirtschaft ließe mit drei Milliarden Mark jährlich hinter dem wahren Wert ihrer Erzeugnisse zurück. Schiele verlangte Erleichterungen insbesondere in der Getreide-, Erbsen-, Rüben- und Soja-, der Landwirtschaft auf der Spitze der Not wieder eine Entlastung zu gewähren.

In gleichem Sinne sprach der christlich-nationale Bauernführer v. Sydow.

Reichsänderungsminister Dr. Dietrich erwiderte Herrn Schiele, daß ganz exorbitante Verhältnisse vorliegen. Das Kollerrelief habe von 1871 bis 1914 nur drei Zollvor-

lagen zu machen brauchen. Die Republik habe innerhalb 11 1/2 Jahren drei Zollvorlagen machen müssen. Der Minister anerkannte die große Notlage der Landwirtschaft; er sei der Roggenänderung innerhalb weniger Wochen von 128 auf 109 gestiegen. An der Rede des Ministers war allerdings auch mancher Zweifel enthalten, ob die Zollpolitik zu dem gewünschten Erfolge führen werde.

Von den Regierungsparteien nahm niemand das Wort, weil eine rasche Beschließung der Beschlüsse erwünscht ist, gegen die der Spekulation auf den Märkten nicht ein längerer Spielraum zu gewähren.

Die Vorschläge der Regierungspartei wurden zum Teil mit den Stimmen der Regierungspartei, zum Teil auch mit den Stimmen der Rechten angenommen. Die Kommunisten versuchten ab und zu durch Schimpfwörter sich geltend zu machen. Sicher werden sie im Lande nun „Zollräuber der Sozialdemokratie“ beschimpfen. Wie wenig ernst es den Kommunisten mit dem Kampf gegen die Zollpolitik ist, geht daraus hervor, daß sie nicht den allereingestimmten Obstruktionsversuch machten. Es waren überhaupt nur der entscheidenden Abstimmung nur 13 Kommunisten im Saale anwesend.

Die dritte Lesung der Zollvorlagen wurde am Dienstag verlegt. Ein kommunikativer Antrag, Aufschubberatung herbeizuführen, wurde abgelehnt. Auf der morgigen Tagesordnung steht neben den Zollvorlagen auch der Nachtragset.

## Weitere Forderungen der Zöllner.

Die aber abgelehnt werden.

Die deutschnationale Reichstagsopposition hat den Reichstag inzwischen mehrere Anträge auf Erhöhung des Zolls für verschiedene Lebensmittel und anderer Waren überreicht. So wünscht sie, daß die Reichsregierung ermächtigt wird, den Zoll für Schweine und Schweinefleisch so festzusetzen, daß ein Zollüberschuss von 75 Mark für den Zentner Schweine lebendgewicht hergestellt wird. Die Zollhöhen für Speck und Schmalz sollen aufgehoben werden. Ferner wird die Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents und die Einbeziehung von Rindern und Rindfleisch in das Einfuhrzollsystem gefordert. Weitere Anträge verlangen die Erhöhung der Zollsätze für Karottensäfte auf 24 und für Sago auf 45 Mark. An anderen Anträgen wird die Erhöhung der zollfreien Zollhöhen für Holz verlangt, die handelsabkommensmäßig nicht gebunden sind. Schließlich wird die Herabsetzung des Tabakzolls von 80 auf 130 Mark gefordert.

Alle diese Anträge wurden von den Regierungsparteien geschlossen abgelehnt werden.

Während des Schlußprotokoll von 17 der über 30 Teilnehmer gegenseitig wurde, unterzeichneten nur 16 das Programm und nicht mehr als elf Staaten fanden sich zu der moralischen Bindung der Unterfertigung unter das Handelsabkommen bereit, darunter einige wie Italien, Estland, Norwegen und Dänemark mit sehr abweichenden Vorbehalten. Es unterzeichneten das Handelsabkommen: Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Dänemark, Italien, Holland, Finnland, die Schweiz, Luxemburg und Estland.

Der pessimistischen Stimmung, die über der Schlußfassung der Wirtschaftsjahresrechnung lag, entsprechen die sehr vorsichtigen Worte, mit denen der Präsident der Konferenz, Graf Wolfke, Direktor des Hauptregiments der Konferenz, das Handelsabkommen unterschreibt sich stark von dem ursprünglich geplanten Zollfrieden und kann auf jeden Fall erst im November eine rechtliche Bindung werden. Die für November geplante Zusammenkunft der Signatarmächte hat über das Anfrachten des Abkommens zu entscheiden. Sein erster Gedanke ist der letzte März des nächsten Jahres. Die Fälle, in denen wirtschaftsweise in den nächsten Monaten Zollschritten und -mit Bindungen des Abkommens möglich sind, sind zahlreich. Unter diesen Umständen hängt die praktische Bedeutung des Abkommens weniger von seinen juristischen Bestimmungen ab, als von der psychologischen Zustimmung, die es für die Lebenden auf Vergrößerung der Handelsabkommens ausüben kann. Der Erfolg der Konferenz liegt weniger in ihren unmittelbaren Ergebnissen, als in den Möglichkeiten, für die zukünftige Entwicklung, die im Programm der weiteren Wirtschaftspolitik aufgezeigt sind.

## Hochschulzoll in Amerika.

Washington, 25. März. (E.F.) Der Senat nahm die seit sieben Monaten umstrittene Zollvorlage der Regierung am Montag abend mit 83 gegen 31 Stimmen an. Der Vorlage liegt Zölle vor, wie sie Amerika bisher nicht gekannt hat und die zweifelslos eine allgemeine Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel herbeiführen wird. Die Opposition bezeugte das Befehl vor der Endabstimmung als schamloses Produkt eines monetarischen Geheimhändlers und des Interferenzhandels.

## Steuerfenkung?

### Faule Wechsel auf die Zukunft.

Der Reichsfinanzminister Rosenbaum hat den Unternehmern, die den Gehalt für die Steuerentlastung seit Jahr u. Tag führen, auch noch zugelegt, im Frühjahr 1931 eine Steuerentlastung vorzunehmen. Ein Steuerbonus im Betrag von 600 Millionen Mark soll erfolgen, die Einkommensteuern und die Realsteuern sollen um diese Summe gesenkt werden. Der verprophete Abzug fließt sich auf die Steuern, welche die Staatsrenten 1931 gegenüber 1930 niedriger sein werden bzw. nicht erhöht werden dürfen. Eine Entlastung der Staatsrenten um 600 Millionen soll sich daraus ergeben, daß 450 Millionen, die im Frühjahr 1930 für die Spaltung des Tilgungsfonds für die kurzfristigen Anleihen des Reiches benötigt waren, 1931 in Wegfall kommen, während 150 Millionen Mark an verschiedenen Ausgabenposten erspart werden sollen. Es wird angenommen, daß mit Hilfe des Tilgungsfonds von 450 Millionen der Kreuzer-Anleihe von 600 Millionen Mark die kurzfristige Verbriefung des Reiches bis 1931 getilgt werden wird. Die vorgesehene Streichung von Staatsausgaben in Höhe von 150 Millionen ist sehr bedenklich. Erfolgt bereits für den Etat 1930 die Ausgabenüberschneidung übermäßig auf Kosten des Etats des Reichs, so ist es zu befürchten, daß auch jene 150 Millionen Mark zum großen Teil dem folgenden Gehalt der Arbeiter entzogen werden. Noch bedenklicher ist aber die Tatsache, daß es keine Gewähr für die Möglichkeit einer Ausgabenbeschränkung für 1931 besteht, selbst wenn der Tilgungsfonds für kurzfristige Anleihen in Wegfall kommt und 150 Millionen Mark an verschiedenen Ausgaben des heutigen Etats gestrichen werden sollten.

Die Zeitschrift „Magazin und Wirtschaft“ führt zum Beweis dafür an, auf wie schwachen Füßen das Ausgabenentlastungsprogramm ruhe, eine Anzahl von Ausgabenposten an, die 1931 gegenüber 1930 steigen dürften. Zunächst wird das Gehalt um den Defizit für 1929 in Höhe von rund 250 Millionen Mark belastet sein (das Defizit von 1929 muß im zweitfolgenden Jahr, d. h. 1931, gedeckt werden). Gemisse Mehrausgaben für 1931 (haben an scheinend heute fast). Man nehme mit der Sparanleihe eines großen Stellenbauprogramms, das Millionen kosten wird. Den Gehalt würde die Lebenshaltung von 25 Millionen Mark jährlich von 1931 an als Entlastung für die Kinderentlastung zugelegt. Der Zulauf des Reiches zur Annullenberichtigung muß aus natürlichen Gründen Jahr für Jahr steigen. Des weiteren wurde zugelegt, daß ein jährlicher Beitrag zur Tilgung der Reichsschuld — je betrags laut der neuesten Statistik 9,3 Milliarden RM. — in den Etat eingestellt werden wird. Angesichts dieser Mehrausgaben können jene Zusagen in der Luft.

Man wäre geneigt, diesen Zusagen auf Steuerbonus keine große Bedeutung beizumessen, indem man sich fragt: nach dem Schluß des Jahres 1930 die Unmöglichkeit der Ausgabenentlastung herauszustellen, so wird man eben die Zusagen über Bord werfen müssen, ist es, daß die angebotene Herabsetzung von Einkommens- und Gewerbesteuern unterbleibt, sei es, daß sie zwar durchgeführt, der Ausfall aber durch Erhöhung anderer Steuern ersetzt wird. Eine solche Bedeutung ist aber nicht am Platz. Nicht allein bedeutet die gesamte Gegenleistung die Gefahr, daß die neuen Steuern, die hoch beschaffen werden müssen, eine weitere Belastung des Massenverbrauchs mit sich bringen werden, auch wird der Kampf um die sozialen Ausgaben, um den Gehalt der sozialen Erzeugnisse der letzten 10 Jahre neu entfremden.

Auch für eine stetige Entwidlung der Produktion und des Arbeitsmarktes müßte diese Lösung gefahrlos sein. Bedenkt man, daß die Unfähigkeit der Ordnung der Staatsfinanzen, die bürgerliche Steueremagogie eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Krise des Arbeitsmarktes darstellt, daß gerade das beschriebene Defizit der Staatsfinanzen eine außerordentliche Unruhe in die Wirtschaft trug, die deren Entfaltung lahmlegte, und die Angst vor einer Inflation erweckte, so ist es unvernünftig, die Wiederholung dieses Kampfes im nächsten Jahr künstlich herbeizuführen, indem man die Finanzen wieder am Rande des Defizits hält. Man kann wohl behaupten, daß dabei selbst die Herren Unternehmer, die den Gehalt für die Ausgabenentlastung und gegen die sozialen Ausgaben führen, nicht auf ihre Rechnung kommen werden, in denen sie selbst im Falle, daß es ihnen gelingt, ihre Steuererhöhung herbeizuführen, in Wirtschaft mehr Steuern tragen als zuvor.

Sollte der Kampf um das Staatsdefizit zu einem neuen Konjunkturrückgang führen, so würde der Verlust durch den Ausfall von Produktion und Arbeit das Bedeutsame dessen ausmachen, das die Unternehmer an Steuern sparen. Ist aber die Konjunktur unzulänglich, so können die Unternehmer die Steuern nicht oder nicht so vollständig auf die Konsumenten übertragen wie in Zeiten der Konjunktur. Der jüngsten Statistik zufolge wurden 28 von den wichtigsten Realsteuern — Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern — im Jahre 1928-29 mehr als zwei Milliarden Mark abgeführt. Die Unternehmer können wohl erwidern, daß die Realsteuern um einige hundert Millionen Mark herabgesetzt werden. (Im Konjunkturrückgang der Realisationsrenten wird ein Abzug von 240 Millionen Mark vorgeschlagen). Da sie aber, falls die Gehalt des staatlichen Defizits zum Konjunkturrückgang führen würde, den verbleibenden Teil der Realsteuern viel unvollkommener überwälzen könnten als zuvor, würden sie trotz Steuerbonus im Endergebnis mit größeren Realsteuern als bisher belastet. Die Lebensentlastung begründet es, daß man die Zulage der Ausgabenentlastung nicht auf die letzten Schulden nehmen darf, da sie nach Ablauf eines Jahres zu neuen schweren Entlastungen der Wirtschaft führen können.

## Reichs-Notetat.

Der Reichstag

hat am Montag abend den Notetat für 1930 angenommen und dann den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der Finanzreform mit 30 gegen 13 Stimmen von Bayern und Thüringen mit 3 Enthaltungen von Preußen, Brandenburg und Bommern angenommen.

Der Notetat ermächtigt die Reichsregierung in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1930 die zur Aufrechterhaltung der Reichsfinanzverwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben und rechtlichen Verpflichtungen des Reiches notwendigen Ausgaben zu leisten. Hierfür wird ein Viertel der für 1929 benötigten Beträge zur Verfügung gestellt. Als Sonderumlage bei der Konz. für internationalen Zahlungsausgleich können bis zu 100 Millionen geleistet werden.

Der Gesetzentwurf zur Vorbereitung der Finanzreform befaßt sich u. a. mit der Sicherung der Arbeitslosenversicherung und ermächtigt den Vorstand der Reichsanstalt, die Beiträge bis auf vier Prozent zu erhöhen und der Reichsregierung Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung zu unterbreiten. Zu den Befugnissen ist die Mehrheit der Stimmen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer erforderlich. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, dann beschließt die Reichsregierung über die Beitragserhöhung.

Eine Beratung der Vorschläge kann nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen. Weiter bestimmt die Vorlage, daß der Reichsanstalt als Modell für das laufende Jahr 50 Millionen aus dem Industrie-Zufuhrungs-Umlage und bis zu 20 Millionen aus dem 1425 Millionen überliegenden Lohnsteuerzuschüssen zuzuführen sind.

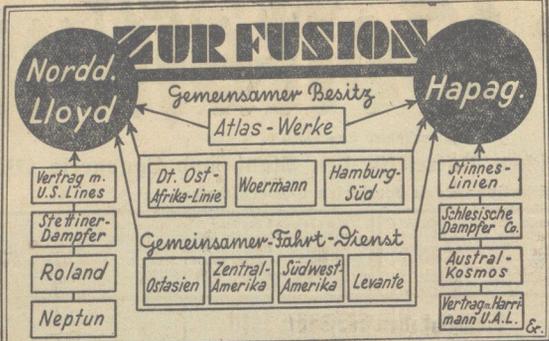
## Das Ergebnis von Genf.

Schluß der Wirtschaftsjahresrechnung.

Genf, 24. März. (E.F. Draht). Die Wirtschaftsjahresrechnung des Weltverbandes ist am Montag abend ihre Verhandlungen mit der Unterzeichnung der drei Dokumente, die das Ergebnis der fünfjährigen Sitzungen zusammenfassen, des Handelsabkommens mit dem dazu gehörigen Protokoll, des Programms der späteren Verhandlungen und des Schlußprotokolls.

# Der neue Truft

Die neue Interessengemeinschaft zwischen Norddeutschen Lloyd und Hapag, die 2 Millionen Tonnen von insgesamt 5 Millionen Tonnen der deutschen Handelsflotte in einer Hand vereinigt, setzt nun den Schwerpunkt unter eine Entschloffenheit. Schon zuvor sind verschiedene kleinere Schiffahrtsgesellschaften in die beiden Großreedereien eingegangen, die ihrerseits sich wieder gemeinsam an verschiedenen Unternehmungen beteiligten, so an den Wollwaren, einer Spiegelfabrik für Schiffsbearbeitungen, an der Deutsch-Ostafrikanischen, Wismar-Annie und der Hamburg-Südamerikanischen Schiffahrtsgesellschaft. Beide Gesellschaften betreiben auch bereits mehrere ihrer eigenen Linien gemeinsam, so die Linien nach der Levante, nach Ostindien, nach Zentral- und Südamerika.



Der unter Führung von Jacob Goldschmidt von der Danabank jetzt abgeschlossene Vertrag zwischen dem Norddeutschen Lloyd in Bremen und der Hapag in Hamburg stellt eine Aktion dar, die für die deutsche Überseeschiffahrt mindestens die gleiche Bedeutung hat, wie die Reedereiunion im vergangenen Herbst für das deutsche Postamt, die Gründung der Vereinigten Seehäfen in der Montanindustrie und die Gründung des S. O. Farbentrusts.

Die beiden größten deutschen Schiffahrtsernterinnen stehen zwar noch außen fest, jedoch sind die in dem Vertrage eingegangenen Bindungen derart eng, daß man von einem völligen Zusammenstoß sprechen kann. Die Politik der Hapag und des Lloyd wird künftig durch weitgehenden Personalaustausch einheitlich geleitet, die Gewinne werden in einen Topf geworfen und zur Hälfte auf das Hamburg- und das Bremer Unternehmen verteilt werden, und der gesamte Schiffahrtsbetrieb wird in enger Gemeinschaftsarbeit aufgezogen werden. Zu einer völligen Verflechtung steht also nur noch das Tischchen auf dem, indem die beiden je eng verbundenen Meereslinien auf einen gemeinsamen Namen annehmen.

Der Zweck dieses Zusammenstoßes ist Rationalisierung im großen. Durch die enge Gemeinschaftsarbeit werden Einflüsse und Möglichkeiten der Dampfer aufeinander abgestimmt und das mit der unentbehrlichen Nebenarbeiten abgestellt. Durch Zusammenlegung des Betriebsapparates im Inland u. Ausland werden die besonders hohen Betriebskosten stark gesenkt werden.

Die Hapag-Lloyd-Gemeinschaft wird durch den Zusammenstoß auf dem sechsjährigen einheitlich geleiteten Schiffahrtsernterinnen der Welt. Einfluß der Hamburg-Süd Lloyd und der Dampfschiffahrtsgesellschaft Hanfa in Bremen, die unter dem Einfluß der

beiden Großreedereien stehen und in das Vertragsnetz eingegliedert werden, verfügt der neue Schiffahrtstabell über 2,5 Millionen Tonnage.

Durch die bevorstehende jährliche Rationalisierung, die Herr Jacob Goldschmidt und Kapitän Schröder-Bremen, die beiden großen „Mäcker“ der Union, bereits angefangen haben, werden eine große Anzahl von Hapag- und Lloyd-Angehörigen ihre Existenz verlieren. Es wird sich in den nächsten Wochen zeigen, ob die Rationalisierung, wie in so vielen anderen Fällen, an der Spitze wieder abgebrochen wird und der jetzt stützige Ausschüßrat ein stützige Direktionsvorstand in seinem jetzigen Umfang erhalten bleibt.

Über die Gesamtheit der Fusion bestehen folgende Zahlen: Die Hapag arbeitet mit einem Kapital von 160 Millionen Mark, dazu entsprechende offene und stille Reserven treten. Die Seeschiffe u. m. in der Hapagflotte mit 270 Millionen Mark zu Buche. Die Stimme der letzten Bilanz betrug 379 Millionen Mark. Das Gesamtvermögen wird mit 60 Millionen Mark angegeben. Beim Lloyd kommt eine Kapitalsumme von 420 Millionen Mark in Frage. Die Seeschiffe mit 230 Millionen Mark zu Buche. Das Aktienkapital beträgt 165 Millionen Mark. Die gefällige Bilanz im letzten Jahr auf 22,5 Millionen Mark angegeben. Der Schiffsbestand des Lloyd macht 511 Fahrzeuge mit 942 162 Bruttoverdrängern aus. Davon sind 142 Seedampfer und Motorfahrzeuge mit 847 000 Bruttoverdrängern. Die Hapag gibt in ihrer letzten Bilanz die Zahl ihrer Schiffe mit 377 = 1 110 618 Bruttoverdrängern an. Seeschiffe sind davon 171 mit 1 078 051 Bruttoverdrängern.

# Die Städte zur Finanzreform.

Der Gesamtverband des Reichs Städtebundes nahm zur Finanzreform einstimmig eine Entschloffenheit an, in der es heißt: Anfolge des Anstieges der Ausgaben für Wohlfahrtsverbände, für das gesamte Schulwesen und die Polizei sind in der Vergangenheit die mittleren und kleinen Städte trotz großer Sparanstrengungen große Schwierigkeiten entstanden, die im Rechnungsjahr 1929 nicht mehr gedeckt werden können, wiewohl die Realsteuern in die Wertkurve in vielen Fällen das Höchstmögliche der Ertragsfähigkeit erreicht haben. Diese Notlage wird vertieft durch die zum mindesten gleichen Gebührenerhöhungen für 1930, besonders mäßig gefallt sich die Lage in kleineren Städten bei Steigerung eines öffentlichen Großunternehmens durch erhebliche Minderungen ihrer Steuereinnahmen und gleichzeitige Erhöhung ihrer Wohlfahrtskosten.

Der Reichs Städtebund erwartet daher von der bevorstehenden vorläufigen Reichsfinanzreform eine Ausdehnung der Stellenfürsorge auf alle Berufe ohne zeitliche Begrenzung, eine ausreichende Beteiligung der Gemeinden an der erhöhten Reichseinnahmen insbesondere durch Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent und eine gezielte Vertiefung der Gemeinden zur Erhebung einer Getränkesteuer. Ebenso dringlich ist der preussische Schuldenausgleich für 1930.

# Der Frick-Film.

Große Kassenfülle in Thüringen.

Im unterrichteten Kreise verläuft, daß der zweite Brief Eberhards der Thüringischen Staatsregierung in Form und Inhalt vollkommen überlegend gekommen ist und sie in ihrer Hilflosigkeit in München die Forderungen gehalten hat, wie sie sich zu dem Brief halten soll. Außerdem hat die Thüringische Regierung bei zahlreichen anderen Instanzen und Persönlichkeiten um Rat und Hilfe nachgeholt. Soweit bisher feststellbar, verhält sich: Wie wir weiter erfahren, hat das Frick-Regime in Thüringen während des Barletages der Volkspartei in Mainz im System hinter den Rücken ein nicht geringes Bedeutung gespielt. Von Berlin aus ist die Leitung der Deutschen Volkspartei in Thüringen schon vor einiger Zeit nahe gelegt worden, mit der Unterstützung des Ausschusses Frick möglichst bald ein Ende zu machen. Das Regime Frick geht nämlich mehr und mehr auf Kosten der Deutschen Volkspartei. Im Volksbildungsministerium ist inzwischen der der Deutschen Volkspartei naheste Ministerialdirektor Dr. Ullrich im Amt zum Justizminister der polnisch ebenfalls eingestrichelte Ministerialdirektor Dr. Müller in den Reichsland verlegt worden. Von der gleichen Maßnahme wurden im Volksministerium 9 höhere und im Finanzministerium ebenfalls 11 höhere und 2 mittlere Beamte betroffen. Von ihnen gehen ebenfalls mehrere der Volkspartei an.

# Stahlhelm und Hindenburg.

Werk ist hinaus!

Was der Stahlhelm-Vorstand in seiner gestern von uns veröffentlichten Entschloffenheit nur ganz andeutet, das spricht der nationalsozialistische Einfluß in brutaler Offenheit aus. Der „Reichliche Beobachter“ Hillers gibt dem Stahlhelm-Bund diesen ungeschminkten Rat: Die Bezeichnung des Namens Hindenburg als Zeichen der Sozialdemokratie (in der Stahlhelm-Zeitung) soll deutlich. Wie begrüßen die politische Trennung, die doch wohl ihren Ausdruck auch darin finden wird, daß der „Stahlhelm“ den Reichspräsidenten v. Hindenburg ersucht, sein Ehrenamt als Ehrenvorsitzender des Stahlhelm niederzulegen.

Deutlicher kann man es kaum noch sagen, deutlicher kann sich auch die Verantwortung nicht ausdrücken, die der Hitler-Bund über den Stahlhelm bereits ausübt.

# Englands Heeresetat.

810 Millionen Mark.

London, 24. März. (Tel.) Im Unterhaus wurde am Montag der Militärhaushalt für 1930, der auf 450 000 000 Pfund (etwa 810 Millionen Mark) abschließt, eingebracht. Kriegsminister Sham gab eine bedeutende Erklärung ab, in der er u. a. heißt, daß es nicht die Pflicht der Regierung sei, ohne ein internationales Abkommen weitere Mittel für ein Militärbudget vorzunehmen. Ein gemeinsames internationales Vorgehen sei unerlässlich Voraussetzung für jede weitere Beschränkung des Heereshaushalts.

# Linksruck in Frankreich.

Paris, 24. März. (Sig. Draht.) In Frankreich fanden am Sonntag in sieben Departements Wahlwahlen statt, die sämtlich einen für die Stimmung der Bevölkerungsmassen nach dem 1. April charakteristischen „Recht nach links“ zum Ergebnis hatten. Von den beiden vorkrieglichen Senatsräten, die in den Departements Rat und Kammern befehlen waren, wurde auf den ersten als Nachfolger der in die Kammer übergeführten Senatoren de Monzie ein Republikaner, für den zweiten gleichfalls ein republikanischer Kandidat gewählt. In den fünf Wahlkreisen, in denen Ertragsbesteuer für die zweite Kammer gewählt wurden, hatten die Sozialisten einen Gesamtgewinn von nicht weniger als 50 Prozent bei den letzten Parlamentswahlen zu verzeichnen (1924 gegen 10 000 Stimmen im Jahre 1928). Im Departement Oise schließlich, wo der Republikaner Bouteiller zu erleben war, gelang es der sozialist. Partei den bürgerlichen, Einparteiern, die bisher die Mandate innehalten, zwei Plätze zu entreißen.

# Das Kutiepoff-Geheimnis.

Paris, 25. März. (Sig. Draht.) Die Affäre Kutiepoff, das am 28. Januar verschwinden russischen Generals, macht wieder von sich reden. Ein Zeuge, dessen Name freilich geheim gehalten wird, hat sich den französischen Behörden gestellt und ausgesagt, daß er gesehen habe, wie Kutiepoff am Strande zwischen Cherbourg und Beller-Jure-Mer, etwa an der Stelle, wo jetzt der Ozeanflieger Wurd landete, auf ein Motorboot verladen und in Bord eines geheimnisvollen aus Ostern Meer kreuzenden Dampfers gebracht werden ist. Der Zeuge gab eine genaue Beschreibung aller dabei beteiligten Personen, unter denen sich auch der falsche Kutiepoff und die geheimnisvolle russische Spionin im grauen Mantel befanden habe. Wie die Polizei, die die Aussagen des neuen Zeugen ernst zu nehmen schließt, mittelteil, sollen am Dienstag drei Personen vernommen werden, die die Verladung des Generals ebenfalls gesehen haben sollten.

Braun bei Hindenburg. Der Reichspräsident empfing heute vormittag den preussischen Ministerpräsidenten Braun zu einer Besprechung über die Agrarfragen und die Maßnahmen zum Schutze des Oltens.

# Zariferhöhung?

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn

beschloß sich am Montag mit der von der Reichsbahnverwaltung vorgeschlagenen Tariferhöhung. Es ver lautet, daß das Reichsbahnverkehrsministerium jeder Erhöhung ablehnend gegenübersteht, da es eine Steigerung der Eisenbahntarife im gegenwärtigen Zeitpunkt für unzulässig hält.

Ein verhängnisvoller Beschluß gegen die Aufhebung der Konjunktur stöße sich im gegenwärtigen Zeitpunkt kaum denken. Ein Jahr schwerer politischer und wirtschaftlicher Überforderungen ist unter dem denkbar größten Schwierigkeiten überwunden. Noch liegt die Wirtschaft völlig daneben, aber Voraussetzungen für die Aufschwung sind bereits gegeben. Die Situation der Weltmarkt sind auf einen so niedrigen Stand gedrückt, wie er seit Anfang 1927 nicht mehr erreicht wurde, ausländisches Kapital beginnt bereits nach Deutschland zu strömen, und der ungenutzte Druck auf dem Arbeitsmarkt zeigt seit Anfang März ein zwar langsames, aber festes Nachlassen. In einem solchen Zeitpunkt der Wirtschaft eine neue Tarifbelastung aufzulegen zu wollen, heißt die langsam einwirkende Rezession in ihrem Seem erschüttern.

Die Reichsbahn begründet ihre Forderungen mit dem starken Einnahmeverfall der letzten drei Monate. Gewiß, die Einnahmen sind erheblich gesunken, aber will die Reichsbahn den Verlust durch Beschleunigung ausstreuen und durch meeres Ansehen der Tarifhöhe den Betrieb noch mehr drohen? Man sollte meinen, die Reichsbahn hätte sich bei der letzten Tarifierhöhung im Herbst 1928 die Finger genug verbrannt und daraus lernen können.

Bei dem Verwaltungsrat scheint diese Ansicht aber nicht vorhanden zu sein. Man ist mehr nach dem Reichsregierung verlagert worden, daß sie die verhängnisvollen Wünsche der Reichsbahn mit einem Karren rein beizubringen.

# Das neue Reichsbankgesetz.

Commodatfähigkeit von Kommunalanleihen.

Der Reichstag hat das neue Reichsbankgesetz im Rahmen der Jungengesetze und nach der Reichsratsfassung angenommen. Die Regierung hatte im Reichstag das Bankgesetz gemäß den Soager Vereinbarungen eingebracht, nur mit dem Zusatz, daß Anleihen des Reichs und der Länder, die bisher nicht allgemein von der Reichsbank kommodatfähig werden konnten, die Reichsbank kommodatfähigkeit erhalten sollten. Bis Anfang Berlins hatte der Reichstag einen weiteren Zusatz beschlossen, der auch den Anleihen der Kommunen die Reichsbank kommodatfähigkeit gibt. Die Regierung hielt an ihrem ursprünglichen Entwurf fest, aber der Reichstag hat sich auf die Seite des Reichsrats gestellt. Wir begrüßen diese Stellungnahme des Reichstags im Interesse des Kommunalkredits. Es hätte dem Kommunalrecht, der ohnehin durch die Finanznot der Kommunen gefährdet war, schweren Schaden getan, wenn die Kommunalanleihen von der Reichsbank nicht nur schlechter als die anderen öffentlichen Anleihen, sondern sogar schlechter als private Pfandbriefe behandelt worden wären.

# „Erzieher des Volkes.“

Der sozialdemokratische Vizepräsident des Provinzial-Schulcollegiums Berlin-Brandenburg König hat den nationalsozialistischen Schulrat Böhmann in Berlin-Schöneberg mit sofortiger Wirkung seines Amtes entzogen und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Außerdem schloß gegen Böhmann ein Strafverfahren wegen Verletzung des früheren preussischen Innenministeriums Gesetzes.

Böhmann hat die Reichs- und preussischen Staatsminister in einer nationalsozialistischen Verammlung in der gemeintene Weise herabgelacht. Die deutsche Delegation im Haag bezeichnete er als „eine gemeine Lumpenbande“.

# Regierungswechsel auf Haiti.



Vorbereitung des neuen Präsidenten von San Domingo.

An der Spitze (mit Schärpe) der neue Präsident Rafael Irena bei der feierlichen Eidesabnahme. Links neben ihm Senatspräsident Sultano M. Diaz, rechts Ernesto Burgos, der Präsident der Deputiertenkammer des Präsidentschafts San Domingo auf Haiti.

# Schimpffreiheit für Republikfeinde.

Ein Gegenstück zum Fall Delmer.

Halle, 24. März. (Sig. Draht.) Der Schriftleiter einer hiesigen bürgerlichen Zeitung hatte in einem Artikel zum Kontorbat schwere Verleumdungen gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun ausgesprochen. Trotzdem wurde er von einem hiesigen Gericht freigesprochen.

Der Schimpfbild hatte die Laufsache, daß der Sozialdemokrat Braun das Kontorbat unterschrieben hatte, wiewohl die SPD „Hilfsdienstleistungen“ ist zum Recht gekommen, den Ministerpräsidenten in der wüsten Art mit einem Judas Ischariot zu vergleichen, der allerdings nach der Tat nicht den Mut gefunden habe, sich wie Judas aufzuhängen.

Insbesondere aber wurde dem Angeklagten der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugestimmt im Gegenfall zur Auffassung des Oberstaatsanwalts, der in der Auslegung des Gesetzes und der Substanz der Reichsverfassung die Annahme des Paragraphen 193 für formal, Verleumdungen und die Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Presse ganz allgemein verneint hat. Sozialdemokratischen Redakteuren ist der Strafverfolgungsparagraph 193 jedenfalls nie ausgeblieben worden.

# Die Hitlererei in der Reichswehr.

Stuttgart, 25. März. (Hf.) Im Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Intrigen in der Reichswehr sind in den letzten Tagen in Offingen am Neckar und in Ulm zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen und vier Nationalsozialisten verhaftet worden. Die in Haft genommenen Personen haben, wie aus Ulm gemeldet wird, an geheimen Besprechungen zwischen Nationalsozialistischen Führern und Reichswehroffizieren teilgenommen.

# Standal nach der Ueberschwemmung.

Paris, 24. März. (GZ.) Der Delegiertentag der sozialistischen Partei in Paris hat am Sonntag einen energischen Protest gegen die allzu langsame Verteilung der Hilfsmittel an die Ueberschwemmungsopfer...

## Debatte in der Kammer.

Paris, 24. März. (GZ. Drohth.) Die Kammer befaßte sich am Montag vormittag mit den Gesetzentwürfen über den Abwehrbau...

Die sozialistischen Redner, vor allem Leon Blum, kritisierten die schwache Haltung der Regierung, die unmittelbar nach der Katastrophe...

Der Reichsanwältinminister hat die Finanznachprüfungen der Regierungspartei zu einer Besprechung über die Kassenführung und die Bilanzierung des Staats für Dienstag vormittag 11 Uhr zu sich geladen.

Reichsgericht am Ehrenbreitstein. Eine Verurteilung von Vertretern der Städte und Gemeinden des Rheinlandes, die auf Einleitung des Bundesbankrottens der Rheinprovinz in Potsdam...

Der dänische Reichstag hat die Regierungsvorlage über die Aufhebung der jetztprozentigen Bekleidungssteuer angenommen. Die Annahme erfolgte einstimmig.

In Bulgarien wurden 300 angeblich kommunistische Beschwoerer verhaftet, darunter eine Anzahl Bulgaren, die in der Nacht zum Freitag...

# Aus aller Welt.

## Bankräuberüberfall in Berlin.

Auf eine Falsche der Commerz- und Privatbank in Berlin verübte bekannte Räuber am Montag Nacht um 11 Uhr die blühende Angelegenheit einer Berliner Bankrot...

„Seid umschlungen“ — aber nur auf feindselig! Generalintendant Tiefen von der Berliner Staatsoper hat die Sängerin Frau...

Stroh im Rennrot. Ein höchst unglücklicher Rennsturz ließ sich am Sonntag...

Nordprotest in Potsdam. Vor dem Potsdamer Schourgericht begann am Montag die Verhandlung gegen den Kaufmann...

# Warum müssen Millionen Chinesen verhungern?

## Weil die Generale jede Hilfeleistung verhindern.

„In Szechuan und Kansu sind Millionen Hungers gestorben und werden weitere Millionen sterben müssen, weil der Weg zu ihnen versperrt ist durch die Handen der Generale, die an nichts denken, als an die eigene Macht und Bereicherung.“

Das ist die grausamste Befehlshaber, die ein ganzer Kerner Chinas, ein feil Schicksal in diesem Land lebender Europäer, im letzten „Lage-Buch“ zu der Hungersnot in China trifft.

Jede Wagenladung von einer Kompagnie Soldaten!

Der Weg zu den Hungerprovinzen ist verperrt durch die Handen der unerlässlichen, das Land brutal ausplündernden und zugrunde richtenden Generale...

„Lassen wir uns“, so schließt der Artikel, „durch humane Erregung nicht verführen, mit unseren Gaben de facto nur die inhumane Bestie, den

Banditismus der chinesischen Generale, zu heilen und zu finanzieren! Es gibt keine Wege, um zu den wirklichen Banditen zu gelangen, solange in China politisch und wirtschaftlich das Chaos herrscht.“

## Der Pariser Hanau-Film.



Madame Hanau.

die Gräfin der Gazette du Franc und eines riesigen Kreditbogens, die sich seit Monaten in Untersuchungshaft befindet, hat durch eine neue Sensation das Interesse der Öffentlichkeit auf sich gezogen.

Die Pariser Justiz scheint aber jetzt entschlossen zu sein, die Affäre der „Gazette du Franc“, die sich allmählich zu einem wilden Interimismus auszuwickeln, möglichst schnell zu einem Ende zu bringen.

Familientragödie. In Lützenfeld ereignete sich am Montag ein schreckliches Verbrechen. Die gerade beim Morgenessen saß. Die Ehefrau und die Kinder wurden durch zwei Schüsse auf der Stelle getötet.

Die rasende Lokomotive. Ein seltsames Eisenbahnunglück hat sich auf der neuen Gebirgsstrecke Lärn-Blizza ereignet. Am der Station Biocotta hat ein Bahnarbeiter eine ihm zur Ueberwachung anvertraute Lokomotive in Bewegung gesetzt.

Der Opfer des Selbstmuns. Am Sonntag nachmittag ertranken im Meeres Gebiet vier junge Leute, zwei Fischer und zwei Arbeiter. Die Verunglückten waren trotz der starken Brandungswellen in einem kleinen offenen Boot auf das Seeufer geflohen.

Die „Europa“ macht weiter schnelle Fahrt. Die „Europa“ wird am Dienstag 12 Uhr mittags in der Zeit an Hamburger-Freier Schiff ankommt, womit ein neuer Rekord aufgestellt sein würde.

Der Tod auf den Schienen. Straßenarbeiter fanden am Sonntagmorgen zwischen Bahnen und Weiden auf der Glienke einen Mann, der sich am Sonntag in einem Personenzug hingenommen hatte.

Ein ganzes Familien durch Gas vergiftet. Rom, 25. März. (Telefon.) In Bologna ereignete sich ein Eisenbahnkontrollor zusammen mit seiner Frau und zwei Kindern den Tod durch Gasvergiftung.

Neuport, 25. März. (Telefon.) Ein furchtbares Unglück ereignete sich in Neuport dadurch, daß ein Automobil von einem Schneefeld erlitt und gegen eine Hauswand gestürzt wurde.

## Sensation um Jakobowski.

Am Montag morgen begann vor dem Landgericht Neustrelitz die zweite Verhandlung gegen Frau Köhler und ihre beiden Ehemänner Fritz und August Rogens. Das Weibsbild gegen alle drei rechtskräftig ist, lautet die Anklage gegen Frau Köhler auf Beihilfe an der Ermordung des kleinen Emal Rogens...

Eiserjudithdrama. In dem oberösterreichischen Badoort Hall wurde der Oberarzt Dr. Petera der Haller Kinderheilstätte der Stadt Wien von seiner Frau in einer Umkleekabine ermordet...

# Letzte Nachrichten

## Bertagung der Londoner Flottenkonferenz?

London, 25. März. (GZ. Funst.) Der italienische Delegierte Grandi hat Macdonald am Montag abend einen Plan unterbreitet, der darauf abzielt, die Flottenkonferenz zu einem wichtigen Zusammenbruch zu reiten.

## Schiffertagödie.

Berlin, 25. März. (Telefon.) Eine 16jährige Schülerin, deren Verletzung zu Oren zweifelhaft war, hat sich am Montag in der elterlichen Wohnung in Niederhafen in Abwesenheit der Eltern...

## Glöckner-Begegnung.

Glöckner-Begegnung, 25. März. (Telefon.) Die Betriebsanliegen der Leberwerte Rheinland M.-B. wurden in der Nacht zum Dienstag von einem Großfeuer heimgesucht, das mehrere Stunden lang wüthete und fast die gesamten Betriebsgebäude einäscherte.

## Ein ganzes Familien durch Gas vergiftet.

Rom, 25. März. (Telefon.) In Bologna ereignete sich ein Eisenbahnkontrollor zusammen mit seiner Frau und zwei Kindern den Tod durch Gasvergiftung.

## Neuport, 25. März. (Telefon.)

Ein furchtbares Unglück ereignete sich in Neuport dadurch, daß ein Automobil von einem Schneefeld erlitt und gegen eine Hauswand gestürzt wurde.















# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Abgabepreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Frangobahn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich freitags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Zeitung, Post-Bezirk, O. n. 6. 3. Verantwortlich für Inhalt: v. Wierzbicki Kurt Wollenberg, für den letzten Teil Wilhelm Rindemann, für Redakteur: Kurt Trefft, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonette oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeigen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgehoben ist bei der Zahlung vorliegende Lege Karte. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postfachkonto Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 2.

Nr. 72

Dienstag, den 25. März 1930

5. Jahrgang

## Schutzzölle.

### Die gestrigen Beratungen im Reichstage.

Der Reichstag behandelte am Montag die Anträge der Regierungspartei auf Erhöhung der Einfuhrzölle für Weizen, Hafer, Gerste, Malz, Kartoffeln, Wehl, Reis, Zucker, Mais, Kaffee und Tee, also ein sehr umfangreiches Zollprogramm.

Die Erhöhung der Zölle ist notwendig,

wenn in der ganzen Welt besondere Marktverhältnisse vorliegen, wie sie in der Wirtschaftsgeschichte einzig dastehen. Mit Staatsmitteln werden in den großen Vorkriegsjahren riesige Mengen Getreide aufgeschichtet und in die Ausfuhrländer geliefert. Es kommen also mit fremden Staatsmitteln versetzte Getreidemengen nach Deutschland hinein, gegen die unmöglich die deutsche Landwirtschaft aufkommen kann. Allerdings könnte man nun sagen, daß durch diese billige Einfuhr eine Erleichterung der deutschen Lebenshaltung eintritt. Das ist leider nicht der Fall. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, daß auch

bei billigen Getreidepreisen die Brotpreise nicht gesunken

sind. Auf der anderen Seite hat sich gegen alle Erwartungen auch herausgestellt, daß Zölle keine Erleichterung der Lebensmittelpreise bedeutet haben. Die Zölle sind anders als bei dem großen von der Sozialdemokratischen geführten Zollkompis im Jahre 1902. Damals handelte es sich um eine gewollte Erneuerung der Lebenslage der Verbraucher zugunsten der Landwirtschaft.

Jetzt handelt es sich um die Rettung von Millionen kleiner landwirtschaftlicher Betriebe und Landarbeiter.

In den Großbetrieben gegen eine maßlose ausländische Konkurrenz. Die Sozialdemokratie hat zudem erreicht, daß bei Zuckert trotz der Zollerrhöhung der Preis für den Verbraucher nicht um das Doppelte ansteigen wird. Die Zölle sind anders als bei dem großen von der Sozialdemokratischen geführten Zollkompis im Jahre 1902. Damals handelte es sich um eine gewollte Erneuerung der Lebenslage der Verbraucher zugunsten der Landwirtschaft.

Die deutsch-nationale Landbauernführer Schiele, erklärte die Anträge der Regierungspartei für einen vollkommen unzulänglichen Kompromiß. Der Landwirtschaft sei es noch nicht so schlecht gegangen wie jetzt. Der agrarische Acker stehe auf nur 100 gegen 155 bis 160 des allgemeinen Anbaugebietes. Die Landwirtschaft liege mit drei Milliarden Mark jährlich hinter dem wahren Wert ihrer Erzeugnisse zurück. Schiele verlangte Erleichterungen insbesondere in der Weizen- und Gerstenerzeugung. Er schloß: „Hören Sie sich, der Landwirtschaft auf der Spitze der Not wieder eine Entlastung zu schaffen.“

Im gleichem Sinne sprach der christlich-nationale Bauernführer v. Seydel.

Reichsernährungsminister Dr. Dietrich erwiderte Herrn Schiele, daß ganz erhebliche Verbesserungen vorlägen. Das Kaiserreich habe von 1871 bis 1914 nur drei Zollvor-

lagen zu machen brauchen. Die Republik habe innerhalb 17 Jahren drei Zollvorlagen machen müssen. Der Minister anerkannte die große Notlage der Landwirtschaft: so sei der Roggenindex innerhalb weniger Wochen von 126 auf 109 gesunken. In der Rede des Ministers war allerdings auch mancher Zweifel enthalten, ob die Zollpolitik zu dem gewünschten Erfolge führen werde.

Von den Regierungsparteien nahm niemand das Wort, weil eine solche Verabschiedung der Gesetze erwünscht ist, schon um der Spekulation auf den Wärlen nicht einen längeren Spielraum zu gewähren.

Die Anträge der Regierungspartei wurden zum Teil mit dem Stimmen der Regierungspartei, zum Teil auch mit dem Stimmen der Rechten angenommen. Die Kommunisten verweigerten ab und zu durch Schimpfsprüche sich geltend zu machen. Sicher werden sie im Lande nun „Zollräuber der Sozialdemokratie“ behaupten. Wie wenig ernst es den Kommunisten mit dem Kampf gegen die Zollpolitik ist, geht daraus hervor, daß sie nicht den allergeringsten Oppositionsvorschlag machten. Es waren überhaupt bei der entscheidenden Abstimmung nur 18 Kommunisten im Hause anwesend.

Die dritte Lesung der Zollvorlagen wurde am Dienstag vertagt. Ein kommunistischer Antrag, Ausfuhrerleichterungen herbeizuführen, wurde abgelehnt. Auf der morgigen Tagesordnung steht neben den Zollgesetzen auch der Nachtragsetz.

## Weitere Forderungen der Zöllner.

Die aber abgelehnt werden.

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat dem Reichstag inzwischen mehrere Anträge auf Erhöhung des Zolls für die verschiedensten Lebensmittel und anderer Waren überreicht. So wünscht sie, daß die Reichsregierung ermächtigt wird, den Zoll für Schweine und Schweinefleisch zu setzen, falls der Schweinefleischpreis unter 10 Mark für den Zentner Schweinefleisch sinken sollte. Die Zollhöhen für Speck und Schmalz sollen aufgehoben werden. Ferner wird die Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents und die Einbeziehung von Rindern und Rindfleisch in das Einfuhrzollkontingent gefordert. Weitere Anträge verlangen die Erhöhung der Zölle für Kartoffelstärke auf 24 und für Sago auf 45 Mark. In anderen Anträgen wird die Erhöhung derjenigen Zölle für Holz verlangt, die handelsvertraglich nicht gebunden sind. Schließlich wird die Herabsetzung des Zollsatzes von 80 auf 130 Mark gefordert.

Alle diese Anträge dürften von den Regierungsparteien geschlo-

## Steuerfenkung?

Gaule Wechsel auf die Zukunft.

Der Reichsfinanzminister Wiedenhaupt hat den Unternehmern, die den Fiskus für die Steuerentlastung seit Jahre an Tag führten, auch noch zugelegt, im Geschäftsjahr 1931 eine Steuerentlastung vorzunehmen. Ein Steuerabbau im Betrag von 600 Millionen Mark soll erfolgen, die Einkommensteuern und die Realsteuern sollen um diese Summe gesenkt werden. Der versprochene Abbau fällt sich auf die Einkommensteuern, die Realsteuern und die Realsteuern. Es wird angenommen, daß mit Hilfe des Tilgungsfonds von 450 Millionen Mark ein verbleibender Tilgungsfonds von 600 Millionen Mark bis zum Ende des Jahres 1931 auf 450 Millionen, die im Geschäftsjahr 1930 für die Spaltung des Tilgungsfonds für die kurzfristige Anleihe des Reiches benötigt werden, 1931 in Wegfall kommen, während 150 Millionen Mark an verbleibenden Tilgungsfonds erspart werden sollen. Es wird angenommen, daß mit Hilfe des Tilgungsfonds von 450 Millionen Mark der Steuerabbau von 600 Millionen Mark bis zum Ende des Jahres 1931 auf 450 Millionen, die im Geschäftsjahr 1930 für die Spaltung des Tilgungsfonds für die kurzfristige Anleihe des Reiches benötigt werden, 1931 in Wegfall kommen, während 150 Millionen Mark an verbleibenden Tilgungsfonds erspart werden sollen. Es wird angenommen, daß mit Hilfe des Tilgungsfonds von 450 Millionen Mark der Steuerabbau von 600 Millionen Mark bis zum Ende des Jahres 1931 auf 450 Millionen, die im Geschäftsjahr 1930 für die Spaltung des Tilgungsfonds für die kurzfristige Anleihe des Reiches benötigt werden, 1931 in Wegfall kommen, während 150 Millionen Mark an verbleibenden Tilgungsfonds erspart werden sollen.

Die Zeitschrift „Magazin und Wirtschaft“ führt zum Beweis dafür an, auf wie schwachen Füßen das Ausgabenentlastungsprogramm stehe, eine Anzahl von Ausgabenposten an, die 1931 gegenüber 1930 nicht eintreten dürften. Zunächst wird das Jahr 1931 mit dem Defizit für 1929 in Höhe von 280 Millionen Mark besetzt sein (das Defizit von 1929 wird im zweifelhaften Jahr, d. h. 1931, gedeckt werden). Gemäß Mehrtragungen für 1931 stehen anscheinend heute fest. Man rechnet mit der Inanspruchnahme eines großen Flottenbauprogramms, das Millionen kosten wird. Der Flottenbau würde die Ueberwälzung von 35 Millionen Mark jährlich von 1931 an als Entlastung für die Landesentlastung zugunsten. Der Aufbau des Reiches zur Anbahnung der Ueberwälzung aus natürlichen Gründen führt für Jahr folgende. Des weiteren wurde zugelegt, daß ein jährlicher Beitrag zur Tilgung der Reichsschuld — sie beträgt laut der neuesten Statistik 9,3 Milliarden RM. — in den Etat einfließen werden wird. Angesichts dieser Mehrtragungen hängen jene Aufgaben in der Luft.

Man wäre geneigt, diesen Zugaben auf Steuerabbau diese große Bedeutung beizumessen, indem man sich sagt: wird sich am Schluß des Geschäftsjahres 1930 die Unmöglichkeit der Ausgabenentlastung herausstellen, so wird man eben die Zugaben über Bord werfen müssen, ist es, daß die angebotene Herabsetzung von Einkommen- und Gewerbesteuern unterbleibt, ist es, daß sie zwar durchgeführt, der Ausfall aber durch Erhöhung anderer Steuern ersetzt wird. Eine solche Bedeutung ist aber nicht am Platze. Nicht allein bedeutet die geplante Steuerentlastung die Gefahr, daß die neuen Steuern, die dann festfallen werden müssen, eine solche Belastung des Massenverbrauchs mit sich bringen werden, auch wird der Kampf um die sozialen Ausgaben, um den Schutz der sozialen Errungenschaften der letzten 10 Jahre neu entbrennen.

Auch für eine stetige Entlastung der Produktion und des Arbeitsmarktes müßte diese Lösung gefahrlos sein. Bedenkt man, daß die Unfähigkeit der Lösung der Staatsfinanzen, die bürgerliche Steuerdemagogie eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Krise des Arbeitsmarktes darstellt, daß gerade das drohende Defizit der Staatsfinanzen eine außerordentliche Ursache in die Wirtschaft treibt, die deren Entlastung lähmende, und die Angst vor einer Inflation erweckt, so ist es unverständlich, die Wiederholung dieses Kampfes im nächsten Jahr künstlich herbeizuführen, indem man die Finanzen wieder am Rande des Defizits hält. Man kann wohl behaupten, daß dabei selbst die Herren Unternehmer, die den Fiskus für die Ausgabenentlastung und gegen die sozialen Aufwendungen führen, nicht auf ihre Rechnung kommen werden, so werden sie selbst im Falle, daß es ihnen gelingt, ihre Steuerzahlung herabzusetzen, in Wirtschaft mehr Steuern tragen als zuvor.

Sollte der Kampf um das Staatsdefizit zu einem neuen Konjunkturückschlag führen, so würde der Verlust durch den Ausfall von Produktion und Absatz das Vieles dessen ausmachen, was die Unternehmer an Steuern sparen. Ist aber die Konjunktur ungenügend, so können die Unternehmer die Steuern nicht oder nicht vollständig auf die Verbraucher überwälzen wie in Zeiten guter Konjunktur. Der jüngsten Statistik zufolge wurden 2,8 an den wichtigsten Realsteuern — Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern — im Jahre 1928-29 mehr als zwei Milliarden Mark abgeführt. Die Unternehmer können wohl erreichen, daß die Realsteuern um einige hundert Millionen Mark herabgesetzt werden. (Am Kompromißvertrag der Regierungspartei wird ein Abbau von 240 Millionen Mark vorgesehen.) Da sie aber, falls die Gefahr des tatsächlichen Defizits zum Konjunkturückschlag führen würde, den verbleibenden Teil der Realsteuern nicht unvollkommen überwälzen könnten als zuvor, würden sie trotz Steuerabbau im Endergebnis mit größeren Realsteuern als bisher belastet. Diese Ueberlegung führt zu dem Ergebnis, daß man die Zulage der Ausgabenentlastung nicht auf die leichte Schulter nehmen darf, da sie nach Ablauf eines Jahres zu neuen schweren Störungen der Wirtschaft führen können.

## Reichs-Notetat.

Der Reichstag

hat am Montag abend den Notetat für 1930 angenommen und dann den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der Finanzreform mit 50 gegen 13 Stimmen von Bayern und Thüringen bei 3 Enthaltungen von Ostpreußen, Brandenburg und Pommern angenommen.

Der Notetat ermächtigt die Reichsregierung in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1930 die zur Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben und rechtlichen Verpflichtungen des Reiches notwendigen Ausgaben zu leisten. Hierfür wird ein Viertel der für 1929 bemittelten Beträge zur Verfügung gestellt. Als Sonderbeilage bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich können bis zu 100 Millionen geleistet werden.

Der Gesetzentwurf zur Vorbereitung der Finanzreform

befiehlt sich u. a. mit der Sicherung der Arbeitslosenversicherung und ermächtigt den Vorstand der Reichsanstalt, die Beiträge bis auf vier Prozent zu erhöhen und der Reichsregierung Befugnisse zur Reform der Arbeitslosenversicherung zu unterbreiten. Zu den Befugnissen ist die Mehrheit der Stimmen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer erforderlich. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, dann beschließt die Reichsregierung über die Beitragsverpflichtung. Eine Änderung der Bestimmungen kann nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen. Weiter bestimmt die Vorlage, daß der Reichsanstalt als Vorstand für das laufende Jahr 50 Millionen aus dem Industrie-Zuführungsmittel und bis zu 30 Millionen aus dem 1425 Millionen überfälligen Lohnsteueraufkommen zuzuführen sind.

## Das Ergebnis von Senf.

Abschluß der Weichholzkongresse.

Senf, 24. März. (Eig. Draht). Die Wirtschaftskongresse des Reichstages schloß am Montag abend ihre Verhandlungen mit der Unterzeichnung der drei Dokumente, die das Ergebnis der fünfjährigen Sitzungen zusammenfassen, des Handbuchs mit dem dazu gehörigen Protokoll, des Protokolls der späteren Verhandlungen und des Schlußprotokolls.



Die Opposition bezeichnete das Gesetz vor der Endabstimmung als schamloses Produkt eines monatlangen Geheimhändlers und des Interessenhandels.